

---

18. Februar 2008, 21:50 – Von Roland Schlumpf

## Wieder Waffen in die Emirate

**Im letzten Jahr lieferte die Schweiz wieder Kriegsmaterial in jenen Staat, der 2005 Schweizer Panzer an Marokko weiterverschachert hatte.**

Es geht um Waffen, Munition, Panzer und Feuerleiteinrichtungen im Wert von 6,6 Millionen Franken. Gemäss der Statistik des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) ist dies zwar nur ein kleiner Teil der Schweizer Kriegsmaterialexporte 2007 von insgesamt 464 Millionen Franken. Doch die Destination Vereinigte Arabische Emirate (VAE) erregt Aufsehen. Maria Roth-Bernasconi, Vizepräsidentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrates, findet es «sehr stossend», dass der Bundesrat dazu Hand geboten hat. Die Genfer SP-Vertreterin will die Ausfuhrgenehmigungspraxis an der nächsten Kommissionssitzung einmal mehr thematisieren.

2005 hatten die VAE 40 überzählige Panzerhaubitzen der Schweizer Armee gegen die Abmachungen mit der Schweiz an Marokko weitergeliefert - ein Land, in das die Schweiz aus Gründen des Menschenrechts kein Kriegsmaterial liefert. Die Emirate haben damit die Nichtwiederausfuhrerklärung verletzt, wie sie im Handel mit Kriegsmaterial üblich ist. Die GPK rüffelte den Bundesrat in der Folge für die lockere Bewilligungspraxis und gab eine Reihe von Empfehlungen ab. Aber der Bundesrat will sich offensichtlich nicht daran halten, was die GPK in ihrem Jahresbericht 2007 wiederum zu einer zweiseitigen Rüge veranlasst hat. Maria Roth-Bernasconi stellt fest, die Regierung habe die erstbeste Gelegenheit genutzt, um wieder Waffen in die Arabischen Emirate zu verkaufen. «Der Bundesrat hat nichts dazugelernt» meint GSoA-Vorstandsmitglied und Nationalrat Josef Lang.

Bernasconi und Lang finden, der Bundesrat sei mit den Vereinigten Arabischen Emiraten allzu schnell wieder in Geschäftsbeziehungen mit Kriegsmaterial eingetreten. Der Zuger Nationalrat befürchtet Ähnliches mit Tschad. Der afrikanische Staat hat eine als Trainingsflugzeug gekaufte PC-9 gemäss Abklärungen des Seco und des Aussenministeriums mit Aufhängevorrichtungen versehen und sehr wahrscheinlich bewaffnet. Der Einsatz eines bewaffneten PC-9 würde gegen die Exportbedingungen und die Verpflichtung Tschads verstossen. Auch in diesem Fall sei der Bund offensichtlich zu wenig vorsichtig gewesen, urteilt Lang und schliesst nicht aus, dass auch hier der Bund bald wieder die gleichen Geschäfte zulasse.

